

Zur Zukunft des „Dualen Systems“ Eine Skizze offener Fragen

Dr. Wilfried Kruse, geb. 1947 in Hannover, Studium der Soziologie, Psychologie und Politischen Wissenschaften in Hannover, seit 1972 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, ist Direktor des Europäischen Forschungsnetzwerks „EuroNet work & education“.

Dr. Angela Paul-Kohlhoff, geb. 1949 in Essen, Studium der Politischen Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, wird ab 1994 Professorin für Berufspädagogik an der TH Darmstadt sein.

In jüngster Zeit steht das „Duale System“ der Berufsausbildung, das seit der Überwindung des großen Ausbildungsplatzmangels in Westdeutschland und wegen der Entwicklung erster Schritte zur Selbstreform für konsolidiert gehalten wurde, wieder in der Diskussion. Dabei sprechen die einen von einer „Krise des Dualen Systems“¹ und fordern durchgreifende Reformen, während

¹ Vergl. u. a.: Tibor Adler, Gisela Dybowski, Hermann Schmidt, Kann sich das duale System behaupten? - Argumente für eine zukunftsorientierte Berufsbildung, in: BWP 22/1993/1; Karl-Heinz Geißler, Das duale System der industriellen Berufsausbildung hat keine Zukunft, in: Leviathan 1/1991; Rolf Arnold, Das duale System der Berufsausbildung hat eine Zukunft, in: Leviathan 1/1993.

die anderen das System insgesamt für überaltert und unzeitgemäß halten, für ein Relikt aus vormodernen Zeiten, in denen das „Herstellen“ im handwerklichen Verständnis noch bedeutender war als die industrielle Produktionsweise.²

Paradoxerweise wurde die „Krise des Dualen Systems“ gerade zu einem Zeitpunkt sichtbar, als seine Prinzipien nahezu ungebrochen auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen wurden. Sie signalisiert mehr als das zufällige Zusammentreffen von einerseits sozialen Wandlungsprozessen und ökonomischer Problemlage im Westen und andererseits dem Zusammenbruch der bis dahin von den großen wirtschaftlichen Einheiten getragenen Berufsausbildung im Osten Deutschlands. Einige Aspekte wollen wir im folgenden anschneiden.

Bleiben wir zunächst bei der Situation im Westen Deutschlands. Dem „Dualen System laufen die Auszubildenden davon“,³ so lautete ein in den vergangenen Jahren häufig gehörtes Urteil. Als zweites Krisenmerkmal wurde interessanterweise auch von Arbeitgeberseite⁴ herausgestellt, daß an den Berufsschulen ein starker Lehrermangel herrsche und damit der begleitende Unterricht nicht mehr gewährleistet sei. Unterstrichen wurde dadurch der Stellenwert der Berufsschule für die Berufsausbildung, es bleibt aber die Frage, welche Berufsschule damit gemeint ist, welche spezifischen Aufgaben die Schule im Rahmen der Berufsausbildung wahrnehmen soll? Es erscheint also notwendig, sich die wichtigsten Charakteristika des „Dualen Systems“ noch einmal zu vergegenwärtigen.

Die Kritik am „überholten“, weil „handwerklichen Berufskonzept“, könnte schnell zu einer Position der Aufgabe jeglichen Berufsbezugs von Bildung führen, zu einem Plädoyer für eine höhere Allgemeinbildung, die nur noch um das Anlernen beruflicher Qualifikationen ergänzt werden müßte. Diese Kombination war noch vor Jahren in anderen europäischen Ländern mit einer Vorherrschaft schulischer Systeme, etwa in Frankreich und in Spanien, üblich. Seit einigen Jahren bewegen sich allerdings die dortigen Reformen auf ein Zurückdrängen rein schulischen Lernens hin.

An dem dem deutschen Berufsbildungssystem, zugrundeliegenden Berufsverständnis ist im Vergleich vor allem seine Enge zu kritisieren. Trotz der erheblichen Verringerung der Zahl der Ausbildungsberufe und ihrer teilweisen Zusammenfassung zu Berufsgruppen, wie bei der Neuordnung der Metall- und Elektroberufe geschehen, ist der Spezialisierungsgrad, der mittels Ausbildung erzeugt wird, nach wie vor zu hoch. Außerdem verbleibt die Aus-

2 Geißler, a.a.O., auch: Günter Kutscha, „Entberuflichung“ und „Neue Beruflichkeit“. Thesen und Aspekte zur Modernisierung der Berufsausbildung und ihrer Theorie, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heft 7/1992.

3 Vgl. zur statistischen Absicherung der Argumentation in diesem Beitrag, Karin Schober, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Krise des dualen Systems? Berufliche Bildung im Spannungsfeld von Demographie, Bildungsverhalten und Beschäftigungsperspektive, Vortrag Friedrich-Ebert-Stiftung 14715. 6.1993, Gera.

4 Vgl. hierzu z.B. W. Schlafke, Duales System droht auszubluten, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 30. Juli 1992, Köln 1992, S. 2.

bildung weitgehend in einem engen berufsfachlichen Horizont und vermittelt zu wenig Kenntnisse und Einsichten in den Gesamtzusammenhang des Arbeitens in seinen ökonomischen, technischen und sozialen Dimensionen. Als Antwort darauf haben wir vorgeschlagen, das „Arbeitsprozeßwissen“⁵ als einen zentralen Bezug beruflicher Bildung zu verankern. Es geht also nicht darum, die Berufsbezogenheit von Ausbildung insgesamt in Frage zu stellen, sondern zu einem neuen, modernen Verständnis von Beruf sbezogenheit und damit zu veränderten Ausbildungskonzepten zu gelangen.

Bindung der Berufsausbildung an den Betrieb

Bei genauer Hinsicht erweist sich nämlich nicht nur das überholte Berufsverständnis, sondern auch ein zweites - historisch damit sehr eng zusammenhängendes - Charakteristikum als zentrales Problem der deutschen Berufsausbildung: ihre Bindung an den Einzelbetrieb. Die Bindung an den Einzelbetrieb ist das über den Ausbildungsvertrag rechtlich abgesicherte Kernstück der deutschen Berufsausbildung. Sie manifestiert sich aber auch in der Art und Weise, wie die Berufsbildung finanziert wird. Entgegen aller über die Jahre formulierten Reformvorschläge⁶ kommen für die Kosten des betrieblichen Teils der Berufsausbildung nur diejenigen Betriebe auf, die tatsächlich ausbilden. Dies bewirkt vom Grundsatz her natürlich eine betriebswirtschaftlich geprägte Betrachtungsweise der Berufsausbildung, was sich in Zeiten ökonomischer Krisen immer besonders deutlich zeigt.⁷ Hinzu kommen die Probleme, die mit dem Einzelbetriebsbezug der Berufsbildung angesichts der rasch wandelnden Arbeitswelt verbunden sind.⁸

Gerade der Einzelbetriebsbezug wurde aber immer als eine besondere Stärke der deutschen Berufsbildung angesehen. Der Ausbildungsvertrag konstituiert ein Verhältnis von Rechten und Pflichten zwischen dem Auszubildenden und dem ausbildenden Betrieb analog der handwerklichen Meisterlehre, das spezifische Verantwortlichkeiten umfaßt, die an einen stark entfalteten beruflich-betrieblichen Verhaltenskodex gebunden sind. Damit wird ein Ernstcharakter von Ausbildung erreicht, der in schulischen Formen des Lernens nicht anzutreffen ist. Ausbildung ist eng mit Arbeit und Geldverdienen verbunden - ein Verständnis, das in den Tarifverträgen durch die Festlegung von Ausbildungsvergütungen, die die Betriebe zu zahlen haben, festgeschrieben ist. Mit der damit erreichten — und oft bewunderten — Motivationskraft der Ausbildung korrespondiert demnach die Anforderung an den Auszubildenden, sich in seinen Lernaktivitäten und seinem Verhalten an den einzelbetrieblichen Interessen auszurichten.

5 Vgl. zur Kategorie des Arbeitsprozeßwissens ausführlich, Kruse u. a., Berufsbildung im Wandel, Gutachten für die Max Träger Stiftung, 1989, S. 75ff.

6 Vgl. beispielhaft hierzu: Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Finanzierung der beruflichen Bildung, Frankfurt/M. 1993 (Nr. 98 der Schriftenreihe der IG Metall).

7 Vgl. hierzu die vielfältigen Zeitungsnachrichten und Berichte der Arbeitsämter über den Rückgang der Ausbildungsplatzzahlen in Großbetrieben, vgl. auch die aktuelle Debatte um den Lehrstellenmangel in Ostdeutschland.

8 Kruse, Wilfried u.a., Facharbeiter werden - Facharbeiter bleiben? Frankfurt/M. 1981.

Dies trat als Aufforderung zur Unterordnung noch vor etwa einem Vierteljahrhundert so deutlich hervor („Lehrjahre sind keine Herrenjahre“), daß es massive Protestaktionen für „Ausbildung statt Ausbeutung“ provozierte und zur Durchsetzung der Ausbüdungspflicht als oberste Leitlinie im Berufsbildungsgesetz von 1969 führte. Mit einem auch gesamtgesellschaftlich durchgesetztem veränderten Verständnis von Erziehung und Bildung sind in der Folge in der betrieblichen Ausbildung krasse Formen der Unterordnung einem veränderten Umgang mit den Auszubildenden gewichen. Besonders Großbetriebe erkannten, daß die tradierte Form der Lehre, die die Unterordnung auch als didaktisches Prinzip des Vormachens-Nachmachens praktizierte, den veränderten Anforderungen an die künftigen Arbeitnehmer nicht mehr gerecht wurde. Verantwortungsbereitschaft, Prozeßverständnis, Flexibilität, Teamarbeit konnten mit dem tradierten Typ von Lehre nicht erreicht werden. Vielfach mit Hilfe von staatlich geförderten Modellversuchen erweiterten viele Betriebe ihr Bildungsverständnis in Richtung einer stärkeren Theoretisierung und Individualisierung, was allerdings als Nebeneffekt zu einem weiteren Funktionsverlust der Beruf sschule beitrug.⁹

Diese gewissermaßen „interne“ Kritik und Reformbewegung verließ aber nicht den ökonomischen und rechtlichen Rahmen des Einzelbetriebsbezugs. Das einzelbetriebliche Interesse, mag es auch zu noch so fortschrittlichen Ausbildungskonzepten geführt haben, blieb dominant. Es prägte die beruflichen Sozialisationsprozesse, weil die Anerkennung der Betriebsinteressen gegenüber dem Auszubildenden auch weiter sanktionsfähig durchgesetzt werden konnte.

Bedeutungsverlust betrieblicher Ausbildung

Die abnehmende Bereitschaft vieler Jugendlicher (und ihrer Eltern) zu einer Berufsausbildung im „Dualen System“ hat ein komplexes Bündel von Gründen. Zu ihnen gehört, angesichts der strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft jenen Typ von Bildung und Abschluß anzustreben, der die größte Anzahl von beruflichen Optionen abdeckt, also das Abitur. Daß dies mit der Ausbildung im „Dualen System“ nur unter erheblichen zusätzlichen Anstrengungen erreicht werden kann, ist zweifellos ein Aspekt, der die duale Berufsausbildung jedenfalls für jene mit guten schulischen Leistungen immer unattraktiver erscheinen läßt. Hinzu tritt gerade bei den Arbeiter- und Angestellten-Eltern, die ihren Kindern aus eigenem Erleben Hinweise geben wollen, die Erfahrung, daß in den Betrieben durch die Besetzung mittlerer Vorgesetzten- und Technikerpositionen mit Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen früher nach der Berufsausbildung vorhandene Aufstiegswege verstopft werden.¹⁰ Auch ein weiterer Gesichtspunkt, die bisher nach der

⁹ Wilfried Kruse, Angela Paul-Kohlhoff, Ein neues Berufsbildungsgesetz?, in Recht der Jugend und des Bildungswesens: 4/1990.

¹⁰ Vgl. zum Problem der „Verstopfung“ der traditionellen Aufstiegswege für Facharbeiter vgl. Gertrud Kühnlein, Abiturienten in der Berufsausbildung. Ein Problem für das Duale System?, in: Werner Fricke, u.a., (E(rsg.)), Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen, Bonn 1986.

Berufsausbildung mehr oder weniger vorhandene Einstiegssicherheit, nimmt an Bedeutung ab, wie die Vermehrung von Arbeitslosigkeit an der sogenannten „2. Schwelle“ zeigt.¹¹

Das mit der Berufsausbildung im Dualen System über lange Zeit verknüpfte „soziale Sicherheitsversprechen“ der Facharbeiterkarriere relativiert sich also erheblich. Damit verbunden ist aber auch ein Prestigeverlust der betrieblichen Ausbildung in den Augen der Jugendlichen. Auch angesichts veränderter Orientierungen im Lebenszusammenhang von Jugendlichen und der größeren Bedeutung, die individuelle Lebenskonzepte gewonnen haben, kann der Sozialisationstyp betrieblicher Lehre immer weniger überzeugen.¹²

Ausbildungskrise im Osten

Dies alles ist Teil der Debatte „West“. Wie sieht die Situation nun in den „neuen Bundesländern“ aus? Das „Duale System“, das auf den Einzelbetrieb als zentraler Ausbildungsstätte setzt, wird auf die ehemalige DDR übertragen, während zugleich und im fortschreitenden Tempo dort die betrieblichen Ausbildungsstrukturen, -möglichkeiten und -bereitschaften wegbrechen. Drastischer kann nicht demonstriert werden, was das Herzstück des deutschen Systems der Berufsausbildung ist: der ausbildungswillige Betrieb.

Die Bundesregierung, die zu Beginn ihre Politik von der Erwartung tragen ließ, daß mit dem raschen „Aufschwung Ost“ auch die betriebliche Ausbildung in „dualer Verfassung“ die notwendige Versorgung mit Ausbildungsplätzen leisten könne, und von daher der Förderung überbetrieblicher Strukturen äußerst reserviert gegenüberstand, sieht sich nun gezwungen, gerade dieses massiv zu tun. Es steht allerdings zu befürchten, daß die entstandenen und entstehenden überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Ausbildungsverbände und vollzeitschulischen Ausbildungsgänge lediglich als zeitweiliges Substitut für die „normale“ einzelbetriebliche Ausbildung verstanden werden - was ein verhängnisvoller Irrtum wäre, weil sich hinter den in West und Ost zu beobachtenden Problemen der dualen Ausbildung strukturelle Veränderungserfordernisse verbergen. Die Berufsschule im Osten Deutschlands erhält nun eine faktische Bedeutung, der ihre personelle und sachliche Ausstattung, ihre Konzeption, aber auch das Selbstbewußtsein ihrer Lehrkräfte keineswegs entsprechen. Es scheint so, daß sich die Berufsschule in den neuen Bundesländern in dem Augenblick, in dem sie als Lernort am meisten gefordert ist, „konzeptionell“ noch schwerer aus den Abhängigkeiten der (nicht mehr vorhandenen) Betriebe lösen kann als die ebenfalls weitgehend an den Betrieben fixierte Berufsschule in Westdeutschland.¹³

11 Vgl. hierzu Karin Schober, a.a.O.

12 Vgl. hierzu beispielhaft aus der umfangreichen Literatur zum Wertewandel von Jugendlichen, Martin Baethge, u.a., *Jugend: Arbeit und Identität*, Opladen 1991, A. Paul-Kohlhoff, u.a., *Jugend, Ausbildung und Beruf*, Vorstudie im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung Berlin, Dortmund 1984.

13 Vgl. zu den Beobachtungen zur Berufsschulsituation in den neuen Bundesländern: Gertrud Kühnlein, Wilfried Kruse, *Probleme und Perspektiven der Berufsschule in den neuen Bundesländern*, Manuskript, Dortmund 1993.

Was aber wäre nun, wenn das Wegbrechen der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft im Osten Deutschlands, das vor allem auf den durch die Vereinigung ausgelösten strukturellen Umbruch, den beschleunigten Prozeß der Deindustrialisierung und der Auflösung der großen, die Ausbildung tragenden Kombinate zurückzuführen ist, weder mittelfristig behoben werden kann noch sich auf den Osten Deutschlands beschränkt?

Strukturkrise im Westen

Es gibt in den „alten Bundesländern“ gegenwärtig viele Anzeichen dafür, daß dem Berufsbildungssystem zunehmend auch qualifizierte betriebliche Ausbildungsplätze abhanden kommen. Von dem bestehenden Rationalisierungs- und Kostendruck bleiben auch die Ausbildungsabteilungen der großen und qualifizierten Ausbildungsbetriebe nicht verschont.

Nahezu überall wird die aus der letzten Ausbildungsplatzkrise als soziale Verpflichtung (und als breitere Ressource für Auswahl und Differenzierung des eigenen Nachwuchses) überkommene „Überausbildung“¹⁴ in Frage gestellt. Mit „Überausbildung“ ist gemeint, daß die Betriebe mehr Jugendliche ausgebildet haben, als für ihren unmittelbaren Ersatzbedarf erforderlich war. Zusätzlich wird die einzelbetrieblich verstandene „Überausbildung“ durch die Pläne der Bundesregierung gefährdet, Frühverrentung nicht mehr wie im bisherigen Umfang abzustützen. Dies war aber das zentrale Junktim, mit denen vor allem die Betriebsräte in den großen Betrieben die Aufrechterhaltung des Ausbildungsumfanges durchsetzen konnten. Auch die Betriebsräte werden sich in dieser schweren Rezession den Kostenargumenten noch weniger entziehen können als einige Jahre zuvor.

Es läßt sich zudem beobachten, daß für bestimmte, qualifizierte Segmente von Facharbeit oder unterer Technikerarbeit, vor allem aber auch im Angestelltenbereich Bewerber mit Abitur für die Betriebe an Aktivität gewinnen: Angesichts der Überfüllung der Hochschulen wird es an Bewerbern kaum Mangel geben. Trainee-Programme scheinen sich auszuweiten. „Betrieb als Lernplatz wird für Abiturienten immer attraktiver“ titelte etwa die FAZ im Oktober 1993.

Dies kann man auch als eine praktische Kritik an der langen, spezialisierten Ausbildung im geregelten Dualen System verstehen. Vielfach wird auch argumentiert, daß im Vergleich zur langen Erstausbildung die Weiterbildung als das flexiblere Instrument der Qualifikationsanpassung an Bedeutung gewinnen müsse, bzw. schon gewinnt. Hier ist natürlich große Achtsamkeit geboten, weil ein Teil der wachsenden Wertschätzung der Weiterbildung auch damit zusammenhängen mag, daß sie eben nicht so geregelt und durch die systematische Beteiligung der Arbeitnehmervertreter stabilisiert und nor-

¹⁴ So ergab z.B. eine Momentaufnahme bei 37 Betrieben durch das BIBB: „...Darüber hinaus fühlten sich viele Betriebe auch nicht mehr ‚von der Gesellschaft in die Pflicht genommen‘, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden“, zitiert nach Karin Schober, a. a. O., S. 23.

miert ist wie die berufliche Erstausbildung auf der rechtlichen Basis des Berufsbildungsgesetzes.

Vom anderen Ausbildungsegment, von den kleinen und mittleren Betrieben und vom Handwerk her, wird unter den gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen beklagt, daß die in den Ausbildungsordnungen festgelegten Anforderungen die Zeit, in der Auszubildende für den Betrieb produktiv eingesetzt werden können, stark einschränke. Auch von hier aus wächst der Druck auf die bisher erreichten Standards der Ausgestaltung der beruflichen Erstausbildung. Dieser Druck ist Konsequenz der, um es zu wiederholen, dem deutschen System eigentümlichen Unterordnung der beruflichen Erstausbildung unter die wirtschaftlichen Kriterien der einzelnen Betriebe und deren „Güterabwägung“.

Andererseits kann auf den Betrieb als Lernort nicht verzichtet werden, weil nur dort erlernt wird, wie konkret über Technikeinsatz und Arbeitsorganisation entschieden wird. Betriebliche Wirklichkeit kann in ihrer Komplexität eben nicht simuliert werden. Der Betrieb ist deshalb als ein „permanentes Laboratorium“, als Erfahrungszusammenhang in der Berufsausbildung unverzichtbar. In dem Moment aber, wo man auf das betriebliche Arbeitssystem als Lernort nicht verzichten kann, wird zugleich ein Ort benötigt, an dem die betriebliche Erfahrung systematisch vorbereitet, nachbereitet, reflektiert, und die betrieblichen Zusammenhänge theoretisch aufgearbeitet werden können. Hier müßte die Teilzeitberufsschule als ausbildungsbegleitende Institution eine zentrale Funktion gewinnen.

Weiterentwicklung des „Dualen Systems“ im Ausland

Ist es also tatsächlich so, daß das „Duale System“ hierzulande in eine heftige Krise gerät, während es für viele andere Länder als äußerst attraktiv erscheint? Ist das „Duale System“ nur noch ein „Exportschlager“?

In vielen europäischen (und außereuropäischen) Ländern mit schulisch geprägten (Berufsbildungs-)Systemen gab es in der Tat in den achtziger Jahren ein großes Interesse am Studium des deutschen Systems der Berufsausbildung. Faszination ging aus vom praktisch-betrieblichen Bezug der Ausbildung, vom Integrationspotential für den Arbeitsmarkt, den es offenbar repräsentierte (Indikator: niedrige Jugendarbeitslosigkeit), vom hohen Engagement der Betriebe für Ausbildung und schließlich und endlich der kooperativen und partizipativen Organisation des deutschen Berufsausbildungssystems. An eine vollständige Übertragung aber konnte nicht gedacht werden, weil das deutsche System, wie alle anderen gewachsenen Systeme, auf vielen nicht ohne weiteres herstellbaren spezifischen historischen und strukturellen Voraussetzungen fußt.

Allerdings wurde recht bald bei der Übertragung der in Deutschland gewonnenen Erfahrungen eine Unterscheidung gemacht, die zu treffen in den deutschen Diskussionen immer schwer fällt: nämlich zwischen der didakti-

sehen Struktur und der ordnungspolitischen Verfaßtheit des „Dualen Systems“. Zunehmend wurde klarer, daß die „didaktische Struktur“ große Attraktivität und Plausibilität besitzt: die systematische Verbindung zweier oder mehrerer Lernorte der beruflichen Bildung um die Kernachse von Betrieb und staatlicher Berufsschule, eine spezifische Zuordnung von praktischem und theoretischem Lernen. Hierfür bürgerte sich der Begriff „Alternanz“ oder „alternierendes berufliches Lernen“ ein. Demgegenüber wurde die ordnungspolitische Verfaßtheit, also die Entwicklung zu einem eigenen Berufsbildungssystem mit der dominanten Stellung des Einzelbetriebs, wesentlich kritischer betrachtet. So optieren viele europäische Länder dafür, die Betriebe und die Sozialpartner stark in die Berufsausbildung einzubeziehen, aber diese als integralen Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems zu belassen.¹⁵ Dies hat insbesondere für den Grad der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung Bedeutung - aber natürlich auch dafür, wie die berufliche Bildung finanziert wird.

Sicherlich kann man heute sagen, daß die europäischen Bildungssysteme am Konzept der „Alternanz“ des beruflichen Lernens konvergieren; dabei ist das deutsche System nicht mehr das einzig attraktive. Eine Reihe von Ländern hat auf der Suche nach ihrem spezifischen Weg Lösungen erarbeitet, die in Europa ebenfalls Aufmerksamkeit finden. Dies gilt zum Beispiel für die umfassende spanische Reform des Bildungswesens, die von Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung ausgeht.¹⁶ Dies gilt aber auch für das britische NVQ-System, das viele Probleme aufweist, aber an einem interessanten Punkt innovativ ist, nämlich in der Möglichkeit, verschiedene Niveaus beruflicher Qualifizierung alternierend zur Arbeitstätigkeit nach einer individuellen Ausbildungsstrategie zu erwerben und zertifiziert zu bekommen, was faktisch bedeutet, daß die in Deutschland vorhandene scharfe Zäsur zwischen Erstausbildung und Weiterbildung nicht existiert.¹⁷ Insofern stellen sich auch aus der Perspektive „Europa“ Fragen an die Leistungsfähigkeit des Dualen Systems.

Reformierbarkeit der Berufsausbildung

Welche Zukunft das deutsche „Duale System“ haben wird, hängt vor allem davon ab, welche Antworten seine Akteure auf die Problematisierungen finden, die die letzten Jahre hervorgebracht haben. Wichtig erscheint dazu neben den genannten Punkten auch die Bereitschaft zur Enttabuisierung von Fragestellungen, die mit dem großen gemeinsamen Ausbildungsplatz-Mobilisierungserfolg der Sozialpartner Mitte der achtziger Jahre von der Tagesordnung genommen wurden:

¹⁵ Zur Beschreibung der europäischen Berufsbildungssysteme vgl.: Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Task Force Humanressourcen, Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Brüssel 1990.

¹⁶ Vgl. Wuppertaler Kreis e.V., Berufliches Bildungswesen und kauf männliche Berufe in Spanien, Köln 1991.

¹⁷ Vgl. zum NVQ-System: Winfried Heidemann u. a., Kollektive Vereinbarungen zur Weiterbildung - Beratung und Information im Bereich der europäischen Gewerkschaften, Düsseldorf 1993, S. 79f.

- Der Grad der beruflichen Spezialisierung „in einem Zug“ muß überprüft werden, ohne dabei erneut die Tür für die Ausbreitung von kürzeren Ausbildungsgängen für sogenannte „Lernschwache“ zu öffnen - gerade sie bedürfen längerer, begleiteter und systematischer Ausbildungsprozesse. Mit der Frage nach dem Grad der Spezialisierung aber ist auch das Tabuthema „Ausbildungsdauer“ angesprochen.
- Es muß die Frage beantwortet werden, wie die „Enge“ des Einzelbetriebs für die Ausbildung überwunden und die Antworten auf den Rückgang der Ausbildungsbereitschaft bei Aufrechterhaltung und Verbesserung der Ausbildungsqualität gefunden werden können. Damit ist die zukünftige Rolle der Berufsschule, sind die Möglichkeiten von Ausbildungsverbänden und eine Relativierung des Einzelbetriebsbezugs angesprochen, die sicherlich bedeuten müssen, daß auch das Tabuthema „Finanzierung der beruflichen Bildung“ wieder aufzunehmen ist.
- Fragen nach einer Reduzierung des zeitlichen und spezialisierenden Gewichts der Erstausbildung können verantwortlich nur behandelt werden, wenn Vorstellungen zu einer den einzelnen nicht behindernden Verbindung von Erstausbildung und Weiterbildung entwickelt werden. Dies wird nicht ohne Bearbeitung des Tabuthemas „Regelung der Weiterbildung“ möglich sein.
- Schließlich ist die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und die Durchlässigkeit der Bildungsgänge so rasch wie möglich zu verwirklichen, was bedeuten wird, ein Stück der Sonderstellung des Berufsbildungssystems zurückzunehmen.

An der Fähigkeit, diese für die Zukunft des „Dualen Systems“ zentralen Fragen gemeinsam und sachgerecht zu bearbeiten, wird sich das kooperative System der Berufsbildung bewähren müssen.